

LANDTAG

Information steht im Vordergrund

Der Jahresbericht 1999 der Delegation bei den EFTA/EWR-Komitees wurde zur Kenntnis genommen. Der VU-Landtagsabgeordnete und Delegationsleiter Otto Büchel (Bild) erklärte in seinen ergänzenden Ausführungen, dass bei sämtlichen Zusammenkünften die Information im Vordergrund stehe. Allerdings gebe es auf



EWR-Seite bessere Möglichkeiten, sich nebst den Informationen auch vermehrt um Entschliessungen zu bemühen. «Von den Delegationen können auch Empfehlungen ausgesprochen werden.» Im Berichtsjahr seien die Aktivitäten mit Drittländern, welche als Ziel neue Abkommen haben, dominierend gewesen. Speziell erwähnt wurden die Verhandlungen mit Kanada und Mexiko. Büchel wies auch darauf hin, dass das EFTA-Konsultativkomitee Vaduz als Tagungsort ausgewählt habe. Dazu sei der Vorsitz im zweiten Halbjahr 1999 in den Händen von Lichtenstein gelegen. «Unser Land hat den Beweis erbracht, dass ein wertvoller Beitrag in den Organisationen von EFTA und EWR geleistet werden kann.» So werde Lichtenstein als vollwertiges Mitglied akzeptiert und auch geschätzt. «Beide Komitees können auf eine wertvolle Arbeit zurückblicken. Sie stellen auch eine wichtige Form der Kontrolle und der Anregung dar.» Der Landtagsvizepräsident Otmar Hasler sprach den Delegationsmitgliedern und allen in irgend einer Form für Lichtenstein in den verschiedenen Gremien tätigen Personen den Dank für ihren Einsatz aus. Hasler wies darauf hin, dass die EFTA ihr 40-jähriges Bestehen feiern könne, zudem sei Lichtenstein bereits seit 9 Jahren Mitglied in dieser wichtigen Organisation.

In Bukarest ein positives Bild vermitteln

Die Lichtenstein-Delegation bei der OSZE besteht aus der VU-Landtagsabgeordneten Ingrid Hassler-Gerner (Bild) und der stellvertretenden Landtagsabgeordneten Renate Wohlwend (FBPL). Anlässlich der demnächst in Bukarest stattfindenden OSZE-Versammlung, an der Delegationen aus 54 verschiedenen Ländern teilnehmen werden, wollen die beiden



Parlamentarierinnen ein positives Bild von Lichtenstein vermitteln. Hauptthemen dieser Zusammenkunft sollen das Einbringen von Vorschlägen zur Stützung demokratischer Strukturen und die Bekämpfung von Korruption sein. Dies biete Gelegenheit, die Delegationen aus den verschiedenen Ländern darauf hinzuweisen, dass Lichtenstein ein funktionierender Rechtsstaat sei. Allerdings wurde eingeräumt, dass die direkten Entscheidungs- und Mitspracherechte für die Delegation aus Lichtenstein sehr klein sind. Renate Wohlwend stellte fest, dass sich vor allem in den vergangenen eininhalb Jahren die Zusammenarbeit zwischen Europarat und OSZE wesentlich verbessert habe. «Es besteht der Wille, übergreifend in verschiedenen Gremien zusammenzuarbeiten.» Landtagsvizepräsident Otmar Hasler sprach auch den Mitgliedern der OSZE-Delegation den Dank für ihr Engagement aus. Der ausführliche Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Grünes Licht für die Zentrumsplanung Schaan

Landtag bewilligte Kredit von 9 Mio. Franken für notwendigen Bodenerwerb

Die verkehrstechnische und ortsbauliche Sanierung des Schaaner Ortszentrums kann konkret in Angriff genommen werden. Zur Durchführung des notwendigen Landerwerbs im Projektierungsabschnitt «Bereich Nord» genehmigte der Landtag gestern Abend mit 17 Stimmen einen Verpflichtungskredit von 9 Mio. Franken. Ein Verschiebungsantrag wurde abgelehnt.

Manfred Öhri

Das Einzelprojekt «Bereich Nord» des neuen Richtplanes umfasst das zwischen Postgebäude, Bahnhofstrasse und Feldkircher Strasse liegende Gebiet. Die Schwerpunkte der baulichen Aktivitäten in drei Etappen sind die Errichtung einer Tiefgarage und eines Busbahnhofes beim Postgebäude sowie der Bau einer rund 200 Meter langen Verbindungsspanne Feldkircher Strasse – Bänderstrasse – Bahnhofstrasse, womit ein neuer Einbahnring entsteht.

13 Grundstücke betroffen

Zur Realisierung dieser Bauvorhaben sind allerdings noch komplexe Landerwerksaktivitäten erforderlich, die mit der gestrigen Kreditsprechung nun in Angriff genommen werden können. Sie betreffen insgesamt 13 Grundstücke, ausserdem müssen den geplanten Verkehrsanlagen auch vier Gebäude weichen. Die Regierung wurde diesbezüglich vom Landtag ermächtigt, im Zuge des Landerwerksverfahrens ganze Grundstücke samt den darauf befindlichen Wohnobjekten zu erwerben bzw. einzutauschen. Vorgängig des Abschlusses solcher Rechtsgeschäfte hat sie allerdings die Finanzkommission des Landtages darüber zu informieren.

Der Verschiebungsantrag

Lange Zeit sah es gestern danach aus, als ob der Landtag mehrheitlich dem Beschluss seiner Finanzkommission folgen würde, wonach der Entscheid auf die September-Sitzung verschoben werden sollte. Die Regierung solle, so die Kommissionsvorsitzende Ingrid Hassler in der Begründung des Anliegens, in einem ergänzenden Bericht als Variante vorerst die Realisierung der ersten Etappe (Tiefgarage und Busterminal) abklären und in Vorschlag bringen. Dieses Vorgehen gebe die Möglichkeit, weitere Abklärungen zu treffen und verhindere in keinster Weise die angestrebte Gesamtlösung.

Der Antrag der Finanzkommission wurde gestern wie folgt begründet: «Wie von den Planern dargelegt, ist es heute fraglich, ob es den grossen Lindenkreisel noch braucht, wenn allenfalls die Feldkircher Strasse aufgehoben oder zumindest redimensioniert werden soll und im Gegensatz dazu die Bänderstrasse diese Verkehrshauptzubringerfunktion aus dem Unterland übernehmen soll. Die Auswirkungen des künftigen Verkehrsprojektes Unterland auf die Verkehrsführung in Schaan ist nach diesem Bericht unklar. Die Berücksichtigung des Unterländer Verkehrsprojektes ist nach Ansicht der Finanzkommission eine unabdingbare Voraussetzung für eine Lösung im Zentrum von Schaan mit einer solchen Dimension.»

«Entscheid nicht spruchreif»

Die Kommission kam nach den Worten ihrer Vorsitzenden zum Schluss, dass die Realisierung des vorgeschlagenen Gesamtprojektes



Deziiert gegen eine Kreditsprechung: VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger.

unter den gegebenen Umständen und Unklarheiten zur Zeit nicht zu verantworten und der Entscheid noch nicht spruchreif sei. Aufgrund von gesicherten Fakten und nach Vorabklärungen mit den betroffenen Grundstückbesitzern werde man ein besseres Bild haben.

Mehrere Abgeordnete schlossen sich gestern zwar diesem Antrag an, der letztlich aber doch nur acht Stimmen erhielt. Zu den Befürwortern zählte der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt, der seine Bedenken in fünf Punkten zusammenfasste: der juristische Aspekt allein genüge nicht; die Haltung der betroffenen Grundeigentümer sei nicht bekannt; die mangelnde Kommunikation mit den Betroffenen; die neue Strassenlänge sei eine Wunschlösung, aber keine Notwendigkeit; die Vorgehensweise müsse behutsamer und rücksichtsvoller sein. Egon Matt von der FL erachtete die Verkehrsplanung als grosse Chance Schaaens, obwohl er «zwei dicke Kröten» (Verkehrsspanne und Tiefgarage) zu schlucken habe. Kritik übte er daran, dass der Bericht aus einseitiger strassenbaulicher Optik verfasst worden sei. Von einer Verschiebung erhoffte er sich deshalb zahlreiche ergänzende Aussagen über Verkehrsflüsse usw.

Das Hotel Linde

In mehreren Voten wurde bedauert, dass die Direktbetroffenen nicht korrekt involviert und informiert worden seien. Für das Hotel Linde bedeute die Kreditsprache faktisch

den Anfang vom Ende, begründete VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger seine persönliche, dezidiert ablehnende Haltung zum Kreditantrag der Regierung. Das sei ein Opfer, das auch bei einem übergeordneten öffentlichen Interesse von der betroffenen Wirtsfamilie Thöny nicht verlangt werden könne. Er richtete daher den (vergeblichen) Appell an die Abgeordneten: «Sorgen sie mit ihrer Stimme dafür, dass hier nicht Unrecht geschieht, eine ganze Familie ins Unglück gestürzt wird und ein Stück Schaaner Heimat verschwindet.» Man möge doch, so Sprenger, nach einer Alternative suchen, die dem grundsätzlichen Prinzip der Verhältnismässigkeit besser gerecht werde.

Lorenz Heeb (VU) erachtete die Behauptung, dass die neue Schaaner Zentrumslösung den Ruin des Hotels Linde bedeute, als sehr übertrieben. Es bestünden im Gegenteil von anerkannten Architekten bestätigte Möglichkeiten, diese Parzelle wesentlich attraktiver zu gestalten und aufzuwerten, bemerkte der Abgeordnete.

«Grosse Chance für Schaan»

Den Ausführungen von Lorenz Heeb zufolge sind Ortsplanungskommission, Gemeinderat und viele Bewohner Schaaens der festen Überzeugung, dass die vorliegende Verkehrsrichtplanung und die dazugehörigen Überbauungsrichtpläne die grosse Chance für Schaan bedeuteten, das Dorf nach

innen zu entwickeln und den Dörfern wieder attraktiv zu gestalten. Die Anregung der Finanzkommission, das Gesamtprojekt noch einmal zu überprüfen, empfand er daher als deplatziert; sie wäre nach seiner Auffassung eine klare Einnischung in den Wirkungskreis der Gemeinde. Lorenz Heeb wehrte sich ausserdem vehement gegen Vorabklärungen mit Bodenbesitzern. «Dafür ist die Bedeutung dieser Zentrumsplanung mit all den Folgen für künftige Generationen zu gross, als dass sie auf Einzelinteressen aufgebaut werden könnte», hielt er fest. Eine Verschiebung würde nur falsche Signale setzen und die verantwortlichen Gemeindebehörden frustrieren.

Raumplanerischer Aspekt

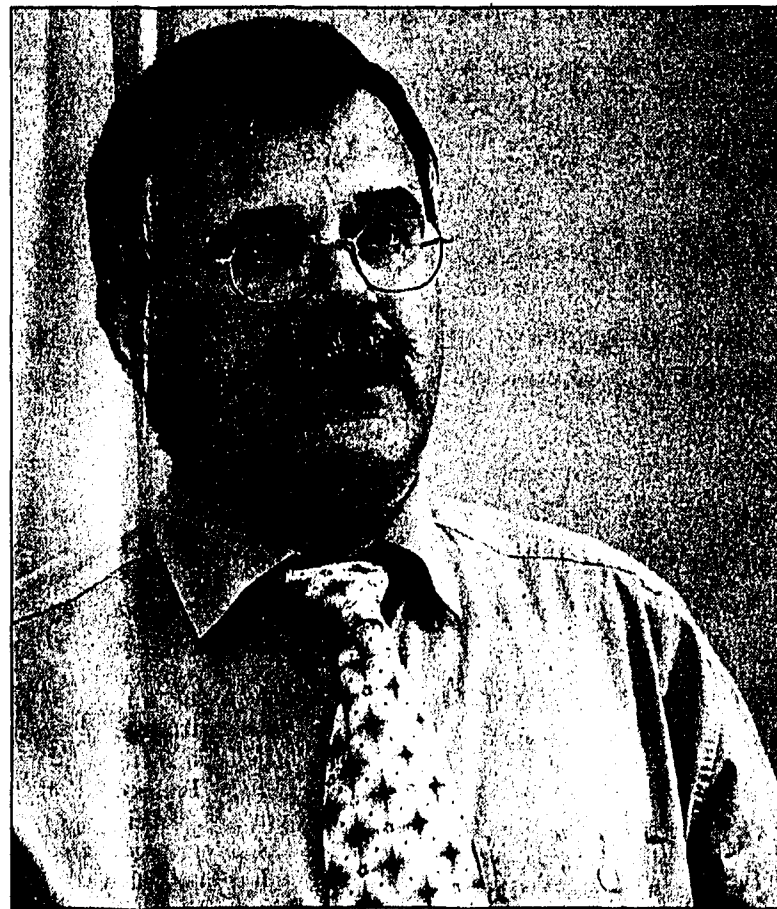
Zustimmend äusserte sich auch der FBPL-Abgeordnete Elmar Kindle, weil er die Überzeugung vertrat, dass das Vorhaben für Schaan kurz- wie langfristig gesehen eine optimale Lösung mit gutem raumplanerischem Aspekt darstelle. Er fragte sich allerdings, wie man einfach aufgrund von Schätzungen und ohne vorherige Vertragsverhandlungen und/oder Abtauschverfahren mit den Direktbetroffenen genau auf einen Betrag von 9 Mio. Franken kommen sei. «Man hätte zumindest erwarten dürfen», erklärte Elmar Kindle, dass Vorgespräche geführt werden, um den Betroffenen die Absicht genau darzulegen und plausibel zu machen, welche Bedeutung diese Zentrumsplanung für Schaan hat.»

Um jedoch das Zentrum effektiv zu entlasten, werde ein Landesverkehrsrichtplan benötigt, der regional angelegt werden müsse, meinte der Abgeordnete. Lösungen, wie sie letztes Jahr durch eine Privatinitiative ins Feld geführt worden seien, dürften deshalb nicht einfach ad acta gelegt werden. Sie seien es wert, weiterentwickelt zu werden.

Ein Lanze für die Gemeinde Schaan brach schliesslich auch Regierungschef Mario Frick. Das Vorgehen habe Mut gebraucht, weil man einigen «schwer auf die Füsse treten musste». Für den Verschiebungsantrag äusserte er zwar ein gewisses Verständnis, die Eingriffe würden mit einem Zuwarten aber nicht milder. Kein Verständnis hatte er dagegen mit einem Hauptanliegen der Finanzkommission, wonach mit den Hauptbetroffenen noch Gespräche geführt werden sollten. Der demokratische Prozess sei abgeschlossen, unterstrich der Regierungschef.

Rechenschaftsbericht

Der Landtag hat gestern zu später Stunde die Behandlung des Rechenschaftsberichtes 1999 begonnen. Der VU-Abgeordnete lobte im Namen der GPK die neue Struktur des Berichtes. Des Weiteren dankte er allen Mitarbeitern der Landesverwaltung für ihre Arbeit. Im Anschluss stellten verschiedene Abgeordnete Fragen zu den Ressorts Präsidium, Äusseres, Inneres, Bildungswesen, Familie und Gleichberechtigung, Kultur und Sport sowie Finanzen. Hierbei erklärte Regierungsrat Marx, dass er die Reform der Gymnasialstufe schon in der Septembersession des Landtages erneut zu behandeln gedenkt. Eine ausführliche Berichterstattung über die komplette Behandlung des Rechenschaftsberichtes lesen Sie in der Freitagausgabe des Volksblatts.



Verfechter der Schaaner Zentrumsplanung: Lorenz Heeb (VU).